



Vollrad Kutscher (Archiv)

Lichtkunst wird in Celle weiter ausgebaut

Das „Lichtspieltheater“ von Vollrad Kutscher erhellt seit 2012 die Unterführung am Celler Bahnhof, gestern stellte der Lichtkünstler sein neuestes Werk vor der psychiatrisch-psychosomatischen Klinik der Fachwerkstadt vor: eine grün leuchtende Lichtblume. Neben Kutschers Werken sind noch weitere Lichtkunstinstallationen in Celle frei zugänglich – die Stadt arbeitet weiter an ihrem Ruf als Lichtkunst-Metropole. (ath)

Seiten 18 und 19

HEUTE IN DER CZ

Niedersächsin will zum Song Contest

Jamie-Lee Kriewitz will für Deutschland zum Eurovision Song Contest. Niedersachsen Seite 5



Garten soll zum Schulhof werden

Die Eltern werden ungeduldig: Das Schulhof-Provisorium an der Grundschule in Eicklingen dauert ihnen zu lange. In diesem Jahr soll die Umgestaltung des einstigen Lehrgartens nun endlich beginnen. Lokales Seite 17

UN-Delegierte besucht Celler Schüler

Die UN-Jugenddelegierten Carina Lange hat das Celler Gymnasium Ernestinum besucht. Jugend Seite 21



KURZ & BÜNDIG

Härteres Vorgehen gegen Propaganda geplant

HANNOVER. Hetze von Rechtsextremen und Islamisten im Internet muss aus Sicht der niedersächsischen Landesregierung härter bestraft werden. Das Kabinett beschloss gestern in Hannover, gemeinsam mit Hamburg und Schleswig-Holstein eine entsprechende Initiative in den Bundesrat einzubringen. Ziel ist eine Änderung des Stragesetzbuches. Künftig sollen auch Menschen verfolgt werden, die Propagandamittel vom Ausland aus ins Internet stellen, aber in Deutschland leben.

Initiative für paritätische Krankenkassenbeiträge

HAMBURG. Hamburg und Rheinland-Pfalz wollen eine Bundesratsinitiative starten mit dem Ziel, dass die Krankenkassenbeiträge wieder in gleicher Höhe von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert werden. „Es kann nicht sein, dass in Deutschland für steigende Gesundheitskosten allein die Versicherten aufkommen. Medizinischer Fortschritt und eine gute Gesundheitsversorgung kosten Geld, sichern aber auch Arbeitskräfte“, sagte Hamburgs Gesundheitsministerin Cornelia Prüfer-Storcks (SPD) gestern zu dem geplanten Vorstoß.

Präventionsstelle zieht positive Bilanz

HANNOVER. Junge Leute gleiten in islamistische Kreise ab, schmieden gar Pläne für eine Ausreise zur Terrormiliz Islamischer Staat: Darum kümmert sich die Präventionsstelle gegen Salafismus in Niedersachsen, die jetzt ein Jahr nach Start eine positive Bilanz gezogen hat. Seite 5

Celler rüsten auf

CELLE. Seit den Übergriffen in Köln sind Pfefferspray und andere Selbstverteidigungsmittel auch in Celle stark gefragt. Obwohl es in der Fachwerkstadt und im Kreisgebiet bislang nicht zu einer Häufung derartiger Taten gekommen ist, herrscht auch im Celler Land ein „subjektives Bedrohungsgefühl“, decken sich verunsicherte Bürger mit frei verkäuflichen Abwehrmitteln ein. (hae) Seite 9

Fall „Frederike“ am OLG Celle

CELLE. Das Oberlandesgericht Celle hat im Mordfall Frederike von Möhlmann den 23. März als Verhandlungstermin angesetzt. Dann wird in zweiter Instanz die Zivilklage von Frederikes Vater verhandelt. Das Landgericht Lüneburg hatte die Ansprüche für verjährt erklärt. Eine Online-Petition des Vaters hat inzwischen fast 100.000 Unterstützer. (siz) Seite 15

Der Terror rückt näher

Mindestens acht Deutsche bei Selbstmordanschlag in Istanbul getötet

ISTANBUL. Ein Selbstmordanschlag im historischen Zentrum Istanbuls hat gestern auch Deutschland erschüttert: Der Attentäter, nach türkischen Angaben ein Mitglied der Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS), sprengte sich in der Nähe einer deutschen Reisegruppe in die Luft und riss mindestens acht Deutsche mit in den Tod. Insgesamt wurden bei dem Anschlag zehn Menschen getötet und 15 weitere verletzt.

Der Attentäter zündete seinen Sprengsatz um 10.18 Uhr Ortszeit vor einem Obelisk vor der Blauen Moschee, als sich dort eine deutsche Reisegruppe aufhielt. Augenzeugen berichteten von einem großen Feuerball. Der Ort im Stadtteil Sultanahmet ist der größte Anziehungspunkt für Touristen in der türkischen Metropole.

Die türkische Regierung gab an, dass neun Deutsche getötet worden seien. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Bundesaußenminister Frank-Wal-

ter Steinmeier (SPD) sprachen von mindestens acht deutschen Todesopfern. Neun weitere Deutsche seien verletzt worden, einige schwer. Die getöteten



Türkische Polizei riegelt den Ort des Anschlags in Istanbul ab.

Deutschen waren mit einem Berliner Reiseveranstalter unterwegs, der „Lebenslust Touristik“.

Merkel zeigte sich erschüttert. Der „internationale Terrorismus“ habe „wieder einmal

sein menschenverachtendes Gesicht“ gezeigt, sagte die Kanzlerin in Berlin. Sie bekräftigte zugleich ihre „Entschlossenheit, gemeinsam mit unseren internationalen Partnern gegen diese Terroristen vorzugehen“.

„Seit vielen Jahren hat uns der Terror nicht mehr so schwer getroffen wie heute in Istanbul“, sagte Steinmeier. Er machte jedoch klar, dass Berlin seine Politik nicht ändern werde: „Wir dürfen und wir werden uns von Mord und Gewalt nicht einschüchtern lassen, wir werden weiter mit unseren Partnern in der Welt dem Terror auf allen Ebenen entgegentreten.“

Das Auswärtige Amt richtete einen Krisenstab ein und rief alle Reisenden in Istanbul auf, Menschenansammlungen auf öffentlichen Plätzen zu meiden. Bundespräsident Joachim Gauck zeigte sich „tief erschüttert“ und verurteilte den „hinterhältigen terroristischen Anschlag“. (afp) Seite 2

Bundesregierung will Ausweisungen erleichtern

BERLIN. Die Ausweisung krimineller Ausländer und Asylbewerber soll als Konsequenz aus den massiven Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht künftig unkomplizierter werden. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und sein Justiz-Kollege Heiko Maas (SPD) kündigten gestern in Berlin eine entsprechende Gesetzesinitiative an. Die Diebstähle und sexuellen Attacken durch Migranten in Köln, Hamburg und anderen Städten vor knapp zwei Wochen beschäftigten heute zudem den Bundestag.

Wenn ein Ausländer wegen

bestimmter Delikte – etwa Körperverletzung, Tötung, Vergewaltigung, sexueller Nötigung oder Serbiendiebstahl – zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wird, soll er künftig mit seiner Ausweisung zu rechnen haben. Auch bei einer kürzeren Freiheitsstrafe wegen solch massiver Delikte soll dies prinzipiell möglich sein – egal ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt ist oder nicht.

Die Minister wollen nun schnell einen Gesetzesentwurf vorlegen. De Maizière sagte, er strebe an, das Vorhaben noch im

Januar ins Kabinett zu bringen. Die schwarz-rote Regierung will außerdem ein älteres Projekt vorantreiben: eine Verschärfung des Sexualstrafrechts.

Die Bundesregierung hatte erst kürzlich eine Reform des Ausweisungsrechts auf den Weg gebracht. Seit 1. Januar gilt das System, dass die zuständigen Stellen zwischen dem „Ausweisungsinteresse“ des Staates (etwa das kriminelle Verhalten eines Ausländers) und dem „Bleibeinteresse“ des Betroffenen (etwa Familienverhältnisse) abwägen. Ein „schwerwiegendes Ausweisungsinteresse“ liegt

bislang dann vor, wenn ein Ausländer zu mindestens einem Jahr Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt ist.

„Das ist eine harte, aber richtige Antwort des Staates“, sagte de Maizière über die Koalitionspläne. Das Vorhaben könne aber auch nur ein Baustein sein. Maas mahnte: „Kriminelle müssen in Deutschland konsequent zur Rechenschaft gezogen werden.“ Union und SPD beraten als Konsequenz aus Köln auch darüber, eine „Wohnsitzauflage“ für anerkannte Flüchtlinge einzuführen, damit sie nicht in großer Zahl in die Großstädte zie-

hen und sich dort „Ghettos“ bilden.

Unions-Fraktionsgeschäftsführer Michael Grosse-Brömer sagte, den Tätern der Silvesternacht sei es „unglücklicherweise gelungen, die Hilfsbereitschaft in Deutschland und die Toleranz sicherlich ein Stück weit zu beschädigen“. Zudem seien Vollzugs- und Gesetzeslücken offenbar geworden. Diese gelte es zu schließen, damit Vertrauen in den Rechtsstaat zurückkehre und ein Generalverdacht gegen Flüchtlinge beseitigt werde, sagte der CDU-Politiker. (dpa) Seite 3

WETTER



5
1

HEUTE

SEITE 20



4
0

MORGEN

POLITIK

Hilfe ausweiten

Die humanitären Lieferungen für das belagerte Madaja in Syrien sind nicht genug – insgesamt sind dort 15 Orte abgeschnitten. Seite 4

WIRTSCHAFT

Erlaubnis für Edeka

Wirtschaftsminister Gabriel will die Übernahme der Supermarktkette Kaiser's Tengelmann durch Edeka erlauben. Seite 7

LOKALES

Mehr Streifenfahrten

In der dunklen Jahreszeit nehmen die Wohnungseinbrüche zu. Um die Entwicklung zu stoppen, fährt die Celler Polizei häufiger Streife. Seite 9

LOKALES

Baugrund verkauft

Trotz gestiegener Preise sind in der Gemeinde Wathlingen mehr Grundstücke im Baugebiet am 4G-Park verkauft worden. Seite 15